

Antrag D-01**Jusos Bezirk Hannover****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK****Demokratie verteidigen statt Symbolpolitik - AfD-Verbotsantrag jetzt voranbringen!**

1 Bei der Bundestagswahl 2025 hat die gesichert
 2 rechtsextreme Partei „Alternative für Deutschland“
 3 (AfD) rund 20 Prozent der Stimmen erhalten. Damit
 4 ist sie die zweitstärkste Partei im Deutschen Bun-
 5 destag geworden. Die Wahlergebnisse waren ein
 6 Schock für alle, denen unsere Demokratie am Her-
 7 zen liegt - insbesondere für jene, die nicht in das
 8 faschistische Weltbild der AfD passen und ihrem
 9 Hass und ihrer Hetze direkt ausgesetzt sind. Die AfD
 10 stellt aufgrund ihrer rechtsradikalen Ideologie und
 11 ihrer Wahlerfolge eine existenzielle Gefahr für die
 12 freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Da-
 13 gegen können wir uns nicht mehr mit Sonntagsre-
 14 den für die Demokratie wehren. Es braucht endlich
 15 eine wehrhafte Reaktion des Rechtsstaats gegen die
 16 Faschist*innen! Es ist Zeit, zum schärfsten Schwert
 17 des Rechtsstaats gegen Verfassungsfeinde zu grei-
 18 fen: das Verbot der AfD.

19

20 **Es müssen Taten folgen: Jetzt die Bund-Länder-**
 21 **Arbeitsgruppe einsetzen!**

22 Der SPD-Bundesparteitag, der Landesparteitag der
 23 niedersächsischen SPD und Parteitage von wei-
 24 teren SPD-Gliederungen haben daher bereits Be-
 25 schlüsse gefasst, die sich für einen Prüfantrag des
 26 AfD-Parteiverbots beim Bundesverfassungsgericht
 27 aussprechen. Diese Beschlüsse bekräftigt der SPD-
 28 Bezirk Hannover. Die Verteidigung unserer Demo-
 29 kratie ist schon lange ein wichtiger Arbeitsschwer-
 30 punkt unseres Bezirks.

31 Ein zentraler Bestandteil des Beschlusses Ini01 vom
 32 Bundesparteitag 2025 ist die Einsetzung einer Bund-
 33 Länder-Arbeitsgruppe, die das nötige Material für
 34 ein Feststellungsverfahren zusammentragen und so
 35 ein Verbotsverfahren strukturiert vorbereiten soll.
 36 Das Material soll dann von Gutachter*innen dahin-
 37 gehend bewertet werden, ob damit der Nachweis
 38 der Verfassungswidrigkeit der AfD erbracht werden
 39 kann.

40 Es ist richtig, dass die SPD sich nicht mit sym-
 41 bolischen Verbotsforderungen zufrieden gibt, son-
 42 dern skizziert, wie der Weg zum Parteiverbot der
 43 AfD praktisch aussehen muss. Allerdings verpflich-
 44 tet dieser Beschluss die SPD auch, die konkret

Der SPD-Bezirk Hannover unterstützt den Beschluss
 des Bundesparteitags Ini01 vom 29. Juni 2025 und
 fordert darüber hinaus:

- den Entzug der Parteienfinanzierung für die AfD;
- das Verbot einzelner, gesichert rechtsextremer Landesverbände;
- Keine Bühne für die AfD im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR);
- Klare Abgrenzung der demokratischen Parteien gegen jede Zusammenarbeit mit oder Rhetorik von der AfD;
- AfD-nahestehende Vereine und Vorfeldorganisationen müssen mit dem Rückgriff auf das Vereinsrecht verboten werden;
- Prüfung von Maßnahmen gegen erwiesene rechtsextreme Einzelpersonen, z.B. durch Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG;
- Entzug des Beamtenstatus für AfD-Mitglieder im öffentlichen Dienst bei nachgewiesenem Verstoß gegen die Verfassungstreue.

45 beschriebenen Schritte zu gehen. Bislang ist die
46 Bund-Länder-Arbeitsgruppe nicht eingesetzt wor-
47 den und von der Union gibt es keine Signale
48 der Unterstützung für ein entschlossenes juristi-
49 sches Vorgehen gegen die AfD. Gerade weil ein
50 solches Feststellungsverfahren gut vorbereitet sein
51 muss und die Vorbereitung viel Zeit benötigen
52 wird, weil es zudem von politischen Mehrheiten
53 in den antragsberechtigten Verfassungsorganen ab-
54 hängig ist, die durch das Erstarken der AfD im-
55 mer weiter dahinschmelzen, darf mit der Einrich-
56 tung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe nicht länger
57 gewartet werden. **Wir fordern deshalb die schnellst-
58 mögliche Einberufung einer Sondersitzung der In-
59 nenminister*innenkonferenz, um die Einrichtung
60 der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu beschließen!** Es
61 reicht nicht, bis zum regulären Sitzungstermin im
62 Dezember 2025 damit zu warten.

63

64 **Kein „Entweder-oder“: Jetzt alle Mittel der wehr-**
65 **haften Demokratie einsetzen!**

66 Unsere Demokratie muss wehrhaft sein gegen-
67 über ihren Feind*innen. Die Einleitung eines AfD-
68 Verbotsverfahrens ist dafür der richtige Weg. Es ist
69 ein langwieriger Prozess, bei dem das Bundesverfas-
70 sungsgericht sorgfältig prüfen wird, ob die Voraus-
71 setzungen für ein Verbot vorliegen. Bis dahin müs-
72 sen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Ein bun-
73 desweit einheitlicher Umgang, wie ihn die Innenmi-
74 nister*innen der Länder fordern, wäre zu begrüßen.
75 Solange der Bundesinnenminister jedoch blockiert,
76 müssen die SPD-geführten Bundesländer vorange-
77 hen und dürfen sich nicht vom Bund trösten las-
78 sen.

79 **Wir fordern über ein Parteiverbot hinaus:**

- 80 • den Entzug der Parteienfinanzierung für die
81 AfD;
- 82 • das Verbot einzelner, gesichert rechtsextre-
83 mer Landesverbände, wie beispielsweise der
84 AfD-Thüringen, in welchem Björn Höcke aktiv
85 ist;
- 86 • Keine Bühne für die AfD im öffentlich-
87 rechtlichen Rundfunk (ÖRR). Der ÖRR darf
88 gegenüber einer eindeutigen rechtsextremen
89 Partei nicht mehr neutral bleiben;
- 90 • Klare Abgrenzung der demokratischen Partei-
91 en gegen jede Zusammenarbeit mit oder Rhe-
92 torik von der AfD;
- 93 • AfD nahestehende Vereine und Vorfeldorga-

94 nisationen müssen mit dem Rückgriff auf das
95 Vereinsrecht verboten werden;
96 • Prüfung von Maßnahmen gegen erwiesen
97 rechtsextreme Einzelpersonen, z.B. durch
98 Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG;
99 • Entzug des Beamtenstatus für AfD-Mitglieder
100 im öffentlichen Dienst bei nachgewiesenem
101 Verstoß gegen die Verfassungstreue.

102

103 **Wähler*innen zurückgewinnen: Durch soziale Poli-**
104 **tik und klare Abgrenzung von Rechts**

105 Am 29. Januar 2025 wurde ein Dammbruch voll-
106 zogen. Die Unions-Fraktion unter Friedrich Merz
107 und die FDP haben in einem Entschließungsantrag
108 der Union mutwillig mit der AfD gestimmt. Damit
109 wurde erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg einer
110 rechtsextremistischen Partei Legitimierung durch
111 demokratische Parteien gegeben. Im April 2025
112 hat auch der jetzige Fraktionschef der Union, Jens
113 Spahn, für einen offeneren Umgang mit der AfD
114 geworben. All das zeigt, wie groß die Versuchung
115 in Teilen von CDU/CSU ist, rechtsextreme Mehrhei-
116 ten mit der AfD zu bilden. Die historische Erfahrung
117 zeigt aber, dass die Zusammenarbeit von Konserva-
118 tiven mit Rechtsextremen weder zu ihrer Entzau-
119 berung noch zu ihrer Einhegung führt, sondern ih-
120 nen den Weg zur Macht ebnet. Konservative, die mit
121 Rechtsextremen zusammenarbeiten, machen sich
122 zu den Steigbügelhalter*innen des Faschismus. **Wir**
123 **fordern die Union daher dazu auf, sich öffentlich da-**
124 **zu zu bekennen, dass es keine Kooperation, keine**
125 **Zusammenarbeit, keine Absprachen, keine gemein-**
126 **samen Anträge und keine parlamentarischen Ämter**
127 **für die AfD geben darf!** Das gilt auf allen politischen
128 Ebenen.

129

130 Doch die Normalisierung der AfD beginnt nicht
131 erst mit der Zusammenarbeit, sondern bereits mit
132 der Übernahme von Inhalten und thematischen
133 Schwerpunkten. **Wir stellen uns deshalb jeder Über-**
134 **nahme von Inhalten, Methoden und Sprache der**
135 **AfD entgegen.** Jede Form der Normalisierung rechts-
136 extremer Politik öffnet den Raum für weitere Ra-
137 dikalisierung. Das Bröckeln der Brandmauer be-
138 ginnt nicht bei gemeinsamen Anträgen. Es be-
139 ginnt dabei, wenn demokratische Parteien versu-
140 chen, die AfD aus taktischen Gründen zu imitieren.
141 Diesen Versuch mussten wir bereits während der
142 Ampel-Koalition beobachten und noch deutlicher

143 im schwarz-roten Koalitionsvertrag. Die Asylpolitik,
144 die die Union dem schwarz-roten Koalitionsvertrag
145 aufgedrückt hat, ist von den Wahlprogrammen der
146 AfD kaum noch zu unterscheiden. Im Bundestags-
147 wahlkampf lieferten sich die Kandidaten Scholz und
148 Merz einen Wettstreit, wer am meisten und am här-
149 testen abschieben würde. Dieser massive Rechts-
150 ruck der demokratischen Parteien führt eben nicht
151 zur Schwächung der AfD, wie zuletzt die Bundes-
152 tagswahl 2025 gezeigt hat. Es stärkt sie, indem es
153 ihre menschenfeindlichen Positionen normalisiert.
154 **Die SPD muss sich deshalb jeder Normalisierung**
155 **nicht nur der AfD, sondern auch der AfD-Inhalte ent-**
156 **gegenstellen und sich in allen öffentlichen Debat-**
157 **ten offensiv rechten Erzählungen entgegenstellen!**

158

159 **Begründung**

160 Parteien, die darauf ausgehen, die freiheitlich demo-
161 kratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu
162 beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik ge-
163 fährden, sind gem. Art. 21 Abs. 2 GG verfassungs-
164 widrig. Über die Verfassungswidrigkeit kann gem.
165 Art. 21 Abs. 4 GG nur das Bundesverfassungsge-
166 richt entscheiden. Der Prüfantrag als notwendige
167 Voraussetzung kann nur vom Bundestag, Bundesrat
168 oder der Bundesregierung gestellt werden. Die tat-
169 sächliche Entscheidung über das Verbot trifft allein
170 das Bundesverfassungsgericht (Verwerfungsmono-
171 pol) auf Basis einer rechtlichen Prüfung.

172 Die Möglichkeit des Parteiverbots ist Ausdruck des
173 Prinzips der wehrhaften Demokratie. Nicht zuletzt
174 als Lehre aus der NS-Zeit soll verhindert werden,
175 dass Verfassungsfeinde die den Parteien durch das
176 Grundgesetz garantierten Privilegien nutzen, um
177 die freiheitlich demokratische Grundordnung zu be-
178 seitigen. Es ist nicht erforderlich, dass sich die Ver-
179 fassungswidrigkeit bereits aus dem offiziellen Pro-
180 gramm der Partei ergibt. Äußerungen von Vertre-
181 ter*innen der Partei, Gliederungen oder Aussagen
182 auf Werbematerialien können der Partei zugerech-
183 net werden.

184 Die Entscheidung über das Einleiten eines Partei-
185 Verbots kann nicht taktisch getrieben, sondern
186 muss Ergebnis grundsätzlicher Erwägungen sein.
187 Sobald überzeugende Belege für die Verfassungs-
188 widrigkeit einer Partei vorliegen, ist es die demo-
189 kratische Pflicht der antragsberechtigten Verfas-
190 sungsorgane, mit einem Antrag die Prüfung der
191 Verfassungsgemäßheit einer Partei zu ermöglichen.

192 Die antragsberechtigten Verfassungsorgane müs-
193 sen mit ihrem Prüfantrag in Verantwortung für den
194 Schutz unserer Demokratie und Verfassung die Vor-
195 aussetzung für ein AfD-Verbotsverfahren schaffen.